

# A1 Keine halben Sachen: Für eine konsequent linke Politik und echte Repräsentation ländlicher Räume

Gremium: Grüne Jugend Neuwied

Beschlussdatum: 11.10.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

## Antragstext

1 Angesichts des Rücktritts des gesamten Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen  
2 und der Grünen Jugend fordert die Grüne Jugend Neuwied weitreichende  
3 strukturelle und inhaltliche Reformen innerhalb der Partei und ihrer  
4 Jugendorganisation, um den politischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu  
5 werden. Der Umgang mit der aktuellen Krise zeigt, dass ein "Weiter so" nicht  
6 möglich ist. Wir fordern deshalb:

7 1. Eine entschlossene linke Ausrichtung der Partei und Grünen Jugend

8 In Zeiten eines zunehmenden Rechtsrucks in der Gesellschaft darf die Partei  
9 keine halben Sachen machen. Wir brauchen eine klare, mutige und linke  
10 Positionierung, die folgende Punkte beinhaltet:

11 ● Bekämpfung der sozialen Ungleichheit: Die Grünen müssen eine Politik  
12 verfolgen, die gezielt auf die Bekämpfung von Armut, der Wohnungsnot und der  
13 prekären Arbeitsverhältnisse ausgerichtet ist. Dazu gehört u.a. die Förderung  
14 bezahlbaren Wohnraums, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und  
15 die Einführung eines armutsfesten Mindestlohns.

16 ● Klare Klimapolitik: Eine wirklich transformative Klimapolitik muss im Zentrum  
17 unseres Handelns stehen, die sich nicht auf bloße Symbolpolitik beschränkt. Wir  
18 fordern eine stärkere Regulierung von Konzernen, ambitionierte Maßnahmen zur  
19 Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und einen sofortigen Stopp von Subventionen für  
20 fossile Energien.

21 ● Gegen Diskriminierung in allen Formen: Die Partei muss konsequent gegen jede  
22 Form von Diskriminierung vorgehen. Dazu gehören stärkere Maßnahmen gegen  
23 rassistische Strukturen, den Ausbau der Antidiskriminierungsgesetzgebung und  
24 konkrete Programme zur Förderung von marginalisierten Gruppen.

25 ● Klare Orientierung am linken Flügel der Partei: Die Grüne Jugend sollte sich  
26 wieder mehr bei der Grünen Partei einbringen – durch sowohl Anträge als auch  
27 weitere programmatische Arbeit. Hierbei ist es essenziell, dass diese Arbeit  
28 sich als Teil des linken Parteienflügels sieht und ihre Arbeit als solche  
29 gestaltet.

30 2. Quotierte Repräsentation ländlicher Regionen auf allen Ebenen

31 Die Entscheidungsträger der Grünen Partei und der Grünen Jugend sind derzeit  
32 überwiegend in urbanen Zentren verankert. Dies führt dazu, dass die Interessen  
33 und Herausforderungen von Menschen aus ländlichen Regionen zu oft übersehen  
34 werden. Wir fordern daher:

35 ● Quotierte Beteiligung ländlicher Regionen in Landes- und Bundesvorständen  
36 sowie in den Delegiertenstrukturen der Grünen und der Grünen Jugend. Diese Quote  
37 muss sicherstellen, dass mindestens ein Viertel der Mitglieder/-Innen im

38 Landesvorstand und weiteren Gremien von Vertreter/-Innen aus den ländlichen  
39 Regionen (alle KVs außer den kreisfreien Städten) besetzt wird.

40 ● Berücksichtigung ländlicher Perspektiven bei politischen Programmen und  
41 Entscheidungen: In allen relevanten Gremien und Entscheidungsprozessen müssen  
42 spezifische ländliche Themen wie Infrastruktur, Mobilität, Bildung und  
43 Gesundheitsversorgung mitgedacht werden.

44 ● Förderung und Stärkung ländlicher Ortsgruppen: Wir fordern ein  
45 Förderprogramm, das explizit die Gründung und den Ausbau von Ortsgruppen in  
46 ländlichen Regionen unterstützt. Dies beinhaltet finanzielle Mittel, Schulungen  
47 und Vernetzungsmöglichkeiten, damit ländliche Stimmen nicht nur vertreten,  
48 sondern auch gestärkt werden.

### 49 3. Beteiligung und Transparenz in der Partei

50 Es ist dringend notwendig, die innerparteiliche Demokratie und Transparenz zu  
51 stärken, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidungen und Abläufe innerhalb  
52 der Grünen Jugend. Es darf nicht sein, dass dramatische Entwicklungen wie der  
53 Rücktritt des Bundesvorstands unbemerkt oder willentlich ignoriert werden. Daher  
54 fordern wir:

55 ● Umfassende Aufarbeitung der Arbeit des Landesvorstands (LaVo) der Grünen  
56 Jugend Rheinland-Pfalz. Es muss ein ehrlicher, transparenter Prozess  
57 stattfinden, in dem die Rolle des LaVo in den letzten Jahren kritisch  
58 hinterfragt wird, insbesondere im Hinblick auf den mangelnden Umgang mit der  
59 Krise auf Bundesebene. Diese Aufarbeitung sollte gemeinsam mit Delegierten der  
60 KVs geleitet werden, um das erarbeitete Wissen in die lokalen KVs zu vermitteln.

61 ● Stärkung der Mitbestimmung der Basis: Um eine weitere Entfremdung zwischen der  
62 Führungsebene und Basis zu verhindern, fordern wir, dass wichtige  
63 Entscheidungen, insbesondere in Krisenzeiten, von der Basis mitgetragen werden.  
64 Dazu gehört eine engere Abstimmung mit den Ortsgruppen und eine erweiterte  
65 digitale Beteiligung bei wichtigen Entscheidungen, z.B. in Form von Online-  
66 Abstimmungen.

## Begründung

Der Rücktritt des gesamten Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen und der Grünen Jugend hat gezeigt, dass die Partei und ihre Jugendorganisation vor tiefgreifenden Problemen stehen, die nicht länger ignoriert werden können. In einer Zeit, in der die Gesellschaft immer stärker nach rechts rückt, brauchen wir eine Partei, die klar linke Positionen bezieht und mutig gegen Ungleichheit, Diskriminierung und den Klimanotstand vorgeht. Halbherzige Kompromisse sind nicht genug – wir brauchen eine Partei, die eine klare progressive Politik verfolgt.

Gleichzeitig darf die Partei nicht nur aus der Perspektive urbaner Zentren agieren. Ländliche Regionen wie der Kreis Neuwied stehen vor spezifischen Herausforderungen, die bisher zu wenig Gehör finden. Um die Partei als wirklich repräsentativ für die gesamte Gesellschaft zu gestalten, fordern wir eine quotierte Beteiligung ländlicher Regionen in den Entscheidungsgremien.

Schließlich darf es nicht hingenommen werden, dass wichtige Entwicklungen wie der Rücktritt des Bundesvorstands ohne die notwendige Auseinandersetzung und Kommunikation innerhalb der Partei

bleiben. Es muss eine umfassende Aufarbeitung der bisherigen Arbeit des LaVos der Grünen Jugend Rheinland-Pfalz geben, um die Verantwortlichkeiten und Versäumnisse offenzulegen.

Mit diesem Antrag setzen wir uns für einen grundlegenden Wandel ein – hin zu einer Grünen Partei, die wieder für alle da ist und die soziale, ökologische und politische Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.